

OIAD-DOKUMENT: RÜCKBLICK AUF DEN SYMBOLTRÄCHTIGEN PROZESS GEGEN DIE MÖRDER DES EHEMALIGEN ANWALTSKAMMERPRÄSIDENTEN TAHIR ELÇI

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

- **Tahir Elçi**, ein engagierter Menschenrechtsverteidiger, **wurde** während eines öffentlichen Vortrags **am 28. November 2015** bei einer Schießerei **erschossen**. Er wollte sich zu den Zerstörungen der letzten Monate äußern, die das historische Viertel Sur in der Altstadt von Diyarbakir bei den Kämpfen zwischen von Ankara entsandten Polizeikräften und kurdischen Militanten erlitten hatte.
- Tahir Elçi war **bereits Gegenstand von Beleidigungen und Todesdrohungen** in den sozialen Netzwerken. Er wurde auch von den regierungsnahen Medien wegen seiner Stellungnahmen in einer Fernsehsendung angegriffen, in der er unter anderem behauptete, die PKK sei keine Terrororganisation.
- **Bereits am 20. Oktober 2015** wurde von der Chefanklägerin von Barkirköy eine **Anklageschrift gegen ihn** wegen „Verbreitung von Propaganda für eine terroristische Organisation über die Presse“ erlassen.

ERINNERUNG AN DIE ERMITTLUNGEN UND DAS RICHTSVERFAHREN

28. November 2015

- Der Anwaltskammerpräsident Tahir Elçi wird bei einer Schießerei in Diyarbakir von einem Kopfschuss getroffen.
- Der Ablauf der Ereignisse im Video. <https://youtu.be/iBESvMnd6Fs>

17.-18. März 2016

Beginn der Ermittlungen am Tatort, die von Nachlässigkeit und überlanger Dauer geprägt sind.

- La Der Tatort war etwa fünf Monate lang für die Öffentlichkeit zugänglich, sodass die **Beweismittel** Zeit hatten, **verschmutzt/verstreut zu werden**.
- **Es ist unmöglich, die Kugel zu finden**, die Tahir Elçi getötet hat, wodurch die Identifizierung der Waffe und damit des Täters verhindert wird.
- Die Aufnahme der Strafverfolgungsbehörden zeigte einen 12-sekündigen Schnitt in dem Moment, in dem Tahir Elçi getroffen wurde, was es **unmöglich machte, den ursprünglichen Schuss zu identifizieren**.

20. März 2020

" **Anklageschrift des Generalstaatsanwalts** von Diyarbakir: „Elçi wurde versehentlich von drei Polizisten und absichtlich von Ugur Yakisir getötet“.

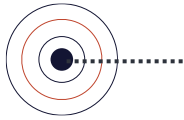
- *In Wirklichkeit wurde Tahir Elçi nur von einer einzigen Kugel getroffen.*

Schlussanträge des Generalstaatsanwalts

- Eine Haftstrafe von 3 bis 9 Jahren gegen 3 Polizisten (die Herren Mesut Sevgi, Faut Tan und Sinan Tabur) wegen „Verursachung des Todes durch bewusste Fahrlässigkeit“ des ehemaligen Anwalts Tahir Elçi ;
- Eine dreifach verschärfte lebenslange Haftstrafe gegen den PKK-Aktivisten Ugur Yakisir wegen „Mordes an zwei Polizisten“, „versuchten Mordes an einem Polizisten“ und „Mordes an Elçi mit Eventualvorsatz“.

21. Oktober 2020 - Juni 2024

Zeitleiste der Gerichtsverhandlungen vor dem 10. Strafgericht in Diyarbakir:



21. OKTOBER

2020

1. Verhandlung

- Ablehnung der Anträge der Anwälte der Familie Elçi und Verweigerung ihres Rechts, Ermittlungshandlungen zu beantragen.
- Den Anwälten der Familie Elçi wird wiederholt die Möglichkeit verweigert, sich zu äußern, und ihnen wird mit dem Verweis aus dem Gerichtssaal gedroht.

- Die Haltung des Gerichts gegenüber den Anwälten der Nebenkläger hat sich positiv entwickelt. Die Anwälte konnten sich äußern und das Gericht stellte den Verdächtigen Fragen
- Die drei verdächtigen Polizisten wurden per Videokonferenz angehört und bestritten, für den Tod von Tahir Elçi verantwortlich zu sein. Die Anträge auf Untersuchungshaft wurden abgelehnt.
- Zeugen, die den Mord an Tahir Elçi in der Ermittlungsphase mit der PKK in Verbindung gebracht hatten, zogen vor Gericht ihre Aussagen zurück und behaupteten, sie hätten unter Zwang gehandelt.

3. MÄRZ

2021

2. Verhandlung

- Mehrere Zeugen geben an, vom Staatsanwalt und von Polizeibeamten gefoltert und bedroht worden zu sein, damit sie entsprechend der Forderung des Staatsanwalts aussagen.

14. JULI

2021

3. Verhandlung

- Ablehnung des Antrags der Anwaltskammer von Diyarbakir auf Einleitung einer Untersuchung gegen Staatsanwalt Kenan Karaca und Staatsanwalt Umi Inci wegen Unregelmäßigkeiten während der Ermittlungsphase
- Erneute Ablehnung von Anträgen auf persönliche Zeugenvernehmung anstelle einer Videokonferenz.
- Ablehnung der Anträge auf Vernehmung der Geheimdienstmitarbeiter und der für die Kameras verantwortlichen Mitarbeiter.

12. JANUAR

2022

4. Verhandlung

- Der Vorsitzende der Anwaltskammer von Diyarbakir stellte verschiedene Anträge, darunter die Vernehmung der 59 Hauptzeugen durch das Gericht in Anwesenheit.
- Das Gericht stimmte zu:
 - Anhänge des Berichts über die vom Innenministerium im Jahr 2017 angeordnete Untersuchung ;
 - L'audition de l'ancien premier ministre Ahmet Die Vernehmung des ehemaligen

12. JUNI

2022

5. Verhandlung
Rapport de l'OIAD

- Das Gericht teilte den Parteien mit, dass die Vernehmung von Herrn Davutoglu auf Antrag des Staatsanwalts abgesagt wurde.
- Beobachter berichten von intensivem Druck auf den Richter, der die geringen Fortschritte, die bei der vorherigen Gerichtsverhandlung festgestellt wurden, wieder rückgängig machte.

ENDE SEPTEMBER

2022

In den zwei Jahren des Prozesses wurden 20 der 38 Anträge auf Ausweitung der Ermittlungen abgelehnt

23. NOVEMBER
2022
6. Verhandlung

- Kurze Gerichtsverhandlung, die vom Gericht wegen „Störung der Ordnung und der Disziplin des Gerichts durch einige Anwälte und Beobachter“ geschlossen wurde.

- Erste Vernehmung eines persönlich geladenen Zeugen vor Gericht
 - Plädoyers der zahlreichen Anwälte, die kritisierten:
 - Die fehlende Untersuchung und das Fehlen von Beweisen.
 - Widersprüchliche Aussagen einiger Zeugen, die zu Falschaussagen gezwungen wurden.
 - Partieller Zugang zu den Aufzeichnungen der Überwachungskameras.
 - Die Dauer des Verfahrens
 - Die Komplizenschaft des Gerichts in diesem ebenso politischen wie symbolischen Fall.
- Das Gericht wies alle von den Anwälten der Zivilparteien gestellten Anträge zurück.

5. JULI

2023

7. Verhandlung
[OIAD-Bericht](#)

29. NOVEMBER
2023
8. Verhandlung
[OIAD-Bericht](#)

- Alle Anträge der verschiedenen Anwälte, die sich eingeschaltet hatten, und der Nebenkläger wurden erneut abgelehnt, wobei die Staatsanwaltschaft absolut untätig blieb.

- Nach dieser Gerichtsverhandlung sollte das Urteil gefällt werden, doch der Staatsanwalt beantragte eine Fristverlängerung, da er nicht genug Zeit gehabt habe, um seine Anklageschrift vorzubereiten.
- Das Gericht lehnte alle Anträge ab, die von den Zivilparteien gestellt worden waren, und vertagte den Fall auf den 12. Juni, an dem das Urteil normalerweise verkündet wird.
- Beobachter weisen auf die Nähe zu den für den 31. März 2024 angesetzten Kommunalwahlen und das mangelnde Interesse an einer Entscheidung vor diesem Datum hin.

6. MÄRZ

2024

9. Verhandlung
[OIAD-Bericht](#)

12. JUNI
2024
10. Verhandlung

- Bekanntgabe des Urteils erwartet.



Das Internationale Observatorium für bedrohte Anwälte ist weiterhin entschlossen, den Fall genau zu verfolgen und dafür zu sorgen, dass Gerechtigkeit im Einklang mit internationalen Standards hergestellt wird.